



# HESSISCHER LANDTAG

25. 01. 2011

*Dem  
Innenausschuss  
überwiesen*

## **Berichts Antrag der Abg. Faeser, Frankenberger, Franz, Fuhrmann, Görig, Habermann, Rudolph, Siebel, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend Vorratsdatenspeicherung in Hessen**

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie oft wurde von 2000 bis 2010 eine Überwachung der Telekommunikation nach § 100a StPO in Hessen angeordnet?
2. In wie vielen Fällen wurden in den Jahren 2000 bis 2010 in Hessen Straftaten begangen, bei denen Computer und/oder ein Mobiltelefon als "Tatmittel" genutzt wurden?
3. Wegen welcher Straftaten mit Internetbezug wurden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 in Hessen Ermittlungen durchgeführt?
4. Wie häufig kam jede der zu Frage 3 genannten Straftaten vor?
5. Wie viel Zeit verging durchschnittlich jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 zwischen der Begehung der Straftat, bei der ein Computer und/oder ein Mobiltelefon als "Tatmittel" genutzt worden ist, und
  - a) der Anzeige durch den oder die Betroffenen nach § 158 StPO,
  - b) dem Beginn der Ermittlungen auf andere Art und Weise nach § 160 StPO?
6. Wie lange dauerte es jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 von der Anzeige der Straftat bis zum Erhalt der IP-Adressen/Mobilfunkdaten durch die Telekommunikationsprovider?
7. Wie lange dauerte es, bis das Auskunftersuchen von den Telekommunikationsprovidern bearbeitet wurde?
8. Bei wie vielen der zu Frage 3 aufgeführten Straftaten in Hessen in den Jahren 2000 bis 2010
  - a) konnte der Täter ermittelt werden,
  - b) wurde ein strafrechtliches Hauptverfahren nach § 203 StPO eröffnet,
  - c) erfolgte eine Verurteilung und welcher Strafenrahmen wurde dabei ausgeschöpft,
  - d) erging aufgrund der Ermittlungen ein Strafbefehl und welcher Strafenrahmen wurde dabei ausgeschöpft?
9. Wie hoch war der materielle Schaden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010, der durch die zu Frage 3 genannten Internetdelikte angerichtet wurde?
10. Wie viele Ermittlungsverfahren, bei denen Computer und/oder Mobiltelefone als "Tatmittel" eingesetzt worden sind, wurden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 in Hessen von den Staatsanwaltschaften und wie viele dieser Strafverfahren wurden von den Gerichten eingestellt und aus welchen Gründen erfolgten diese Einstellungen?

11. Wie viele Arbeitsstunden von Staatsanwälten wurden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 in Hessen zur Bekämpfung von Straftaten, in denen Computer und/oder Mobiltelefone als "Tatmittel" verwendet worden sind, jährlich
  - a) vor der Einrichtung der Schwerpunktabteilung für Internetkriminalität bei der Staatsanwaltschaft Gießen landesweit;
  - b) seit der Einrichtung der Schwerpunktabteilung für Internetkriminalität bei der Staatsanwaltschaft Gießen landesweiteingesetzt (Darstellung bitte nach den einzelnen Staatsanwaltschaften gliedern)?
12. Wie viele Arbeitsstunden von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wurden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 in Hessen zur Bekämpfung von Straftaten, in denen Computer und/oder Mobiltelefone als "Tatmittel" verwendet worden sind, jährlich
  - a) vor der Einrichtung der Schwerpunktabteilung für Internetkriminalität bei der Staatsanwaltschaft Gießen landesweit;
  - b) seit der Einrichtung der Schwerpunktabteilung für Internetkriminalität bei der Staatsanwaltschaft Gießen landesweiteingesetzt (Darstellung bitte nach den einzelnen Polizeipräsidien gliedern)?
13. Wie stellt sich der zu den Fragen 11 und 12 dargestellte Arbeits- und Personaleinsatz im Ländervergleich dar?
14. In wie viele Fällen scheiterte in Hessen seit dem Urteil des BVerfG vom 2. März 2010 (1 BvR 256/08) die Durchführung von Strafverfahren, weil die erforderlichen Verbindungsdaten nur noch eine Woche lang von den Providern gespeichert worden waren?
15. Wie viele Delikte, bei denen Computer und/oder Mobiltelefone als "Tatmittel" eingesetzt worden sind, wurden jeweils in den Jahren 2000 bis 2010 über die sogenannte "Online-Wache" als "Online-Anzeige" angezeigt?
16. Wie steht die Landesregierung (CDU/FDP) zum Verfahren "Quick Freeze"?
17. Wie bewertet die Landesregierung das Konzept der FDP Bundestagsfraktion, "Eckpunkte zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung im Internet", vom 9. November 2010?
18. Wie steht die Landesregierung (CDU/FDP) zur anlassunabhängigen Vorratsdatenspeicherung?
19. Wie steht die Landesregierung zum Vorschlag der "Vorratsdatenspeicherung light" des Bundesdatenschutzbeauftragten Schaar, nach dem eine einwöchige IP-Daten Speicherung genügen sollte?
20. Wie steht die Landesregierung zur EU-Haltung zur Vorratsdatenspeicherung?
21. Welche Daten müssen nach Auffassung der Landesregierung protokolliert und gespeichert werden und warum?

Wiesbaden, 20. Januar 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Faeser**  
**Frankenberger**  
**Franz**  
**Fuhrmann**  
**Görig**  
**Habermann**  
**Rudolph**  
**Siebel**  
**Ypsilanti**